

Die Zukunftsaussichten Europas

Vortrag von Neil Kinnock, Vizepräsident der EU-Kommission

anschließend Podiumsdiskussion mit

Neil Kinnock, Vizepräsident der Europäischen Kommission,
Alfred Gusenbauer, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs,
Caspar Einem, Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat

gemeinsame Veranstaltung mit dem Dr. Karl Renner Institut

21. Juni 2001

Neil Kinnock stellte zunächst die Zukunftsaussichten der europäischen Integration aus persönlicher Sicht dar. Bei seiner Analyse ging Kinnock von verschiedenen Ereignissen und Entwicklungen der unmittelbaren Vergangenheit aus: den theoretischen Konzepten und Formeln für die künftige Architektur Europas, dem siebten irischen Referendum, in dem der Vertrag von Nizza abgelehnt wurde, der allgemeinen Wahl in Großbritannien, mit der die Konservativen ihre ablehnende Haltung gegenüber dem europäischen Projekt zu Grabe trugen und schließlich dem Rat der politischen Führung der Europäischen Union in Göteborg in Schweden, der den Kandidatenländern eine Möglichkeit der Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2001 eröffnete.

Kinnock beschrieb die drei wichtigsten realen Gegebenheiten in der Europäischen Union. Erstens, die Wirtschafts- und Währungsunion; zweitens, der Beitrag der Europäischen Union zum wirtschaftlichen Fortschritt; drittens - trotz dieser Vorteile - ein Nachlassen der Unterstützung der EU durch die Öffentlichkeit in nahezu allen Mitgliedstaaten (von 72 % im Jahr 1990 ist die Unterstützung auf nur mehr 50 % im Jahre 2000 gefallen). Kinnock wies darauf hin, dass zum Beispiel in Österreich nur mehr 38 % der Befragten in einer Meinungsumfrage die Mitgliedschaft bei der EU als „positiv“ bewerteten.

Infolgedessen wären nach Meinung Kinnocks „zwei grundlegende, mühevollere Anstrengungen“ erforderlich. Die erste bestehe darin, „die Entscheidungsfindung und die Umsetzung von Entscheidungen innerhalb der EU zu modernisieren und nachvollziehbar zu machen, um die Transparenz, die Verantwortlichkeit und den Wirkungsgrad zu verbessern“. Die zweite Anstrengung ergäbe sich aus der Notwendigkeit, „genauer zu erklären und mitzuteilen, was die EU wirklich macht und was nicht“. Kinnock erklärte, dass seiner Meinung

nach die breite Öffentlichkeit „mehr Interesse daran hat, welche Leistungen die EU erbringt, als an ihren internen Prozessen: „Die großartigen Konzepte für die Gestaltung der Institutionen der Europäischen Union beeindrucken die Öffentlichkeit nicht sehr. Was die Öffentlichkeit interessiert, ist die prosaische Frage, ob ein im Integrationsprozess befindliches Europa einen nützlichen Beitrag dazu leisten kann, den Menschen dabei zu helfen, mit den Herausforderungen des modernen Lebens zurecht zu kommen.“

Nach Auffassung Kinnocks müsste betont werden, wie nützlich es ist und wie viele Vorteile es in der Praxis bedeutet, einem Staatenverbund anzugehören, besonders angesichts der vielen „unterschiedlichen seismischen Transformationen, die derzeit das Berufs- und Privatleben europäischer Bürger von Grund auf verändern. Dazu gehörten unter anderem die fortdauernde extreme Entwicklung, die die Strukturen, Qualifikationen und Standorte von Arbeitskräften veränderten; das Ansteigen der Verbrechensrate und die neuen Formen von Verbrechen, die Globalisierung der Märkte und der Technologie, die Gefahr ansteckender Krankheiten, die Umwelt ohne Grenzen, nutzbringende Revolutionen in der Wissenschaft, die jedoch viele ethische Probleme aufwerfen. Laut Kinnock zeigten Meinungsumfragen, dass die Öffentlichkeit sich dieser Probleme und Veränderungen durchaus bewusst sei und sich daraus die Notwendigkeit ergebe, wirksame Instrumente für die internationale Zusammenarbeit und Koordination zu entwickeln.

Nur durch „geteilte Souveränität“ wäre es möglich, Nutzen und Vorteile aus dem neuen Europa zu ziehen und den damit verbundenen Nachteilen und Gefahren entgegenzuwirken. Nach Kinnocks Auffassung stellten in dieser Hinsicht die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten das einzige Instrument dar, das in diesen Bereichen wirkungsvoll eingesetzt werden könne. Kinnock betonte die Notwendigkeit „zu verstehen, dass die Union der Ort ist, wo die Mitgliedstaaten ihre Souveränität teilen, eine Souveränität, die nicht gestohlen wurde“. Um den Bedrohungen standhalten zu können, die in der Öffentlichkeit dieses dicht bevölkerten Kontinents, in dem die Menschen sich frei bewegen, Besorgnis auslösten, sollten Aussagen wie „Zusammenkommen“, „systematische Zusammenarbeit“, „Macht gemeinsam ausüben“ und „das Völkerrecht anwenden“ ernst genommen und wörtlich verstanden werden, was „Behörden, die kollektiv handeln“ voraussetze.

Kinnock beschrieb Europa als einen „Kontinent, der von einer wunderbaren kulturellen und sprachlichen Vielfalt geprägt ist“, auf dem die Menschen für ihre nationale Identität und eine verantwortliche Demokratie gekämpft haben und diese Werte als einzig akzeptable Lebensbedingungen errungen wurden“. Die Erweiterung der Europäischen Union sei eine willkommene Tatsache und die Integration bedeute eine organische wirtschaftliche

Entwicklung sowie akkordiertes politisches Vorgehen. Derzeit, schloss Kinnock, müsse unsere Generation die Form der gegenseitigen Abhängigkeit festlegen, die unseren Bedürfnissen am besten entspricht, wie sie gehandhabt werden solle, welche Methoden am besten geeignet wären, sicherzustellen, dass diejenigen, die für die Handhabung zuständig sind, zur Verantwortung gezogen werden können und den „Kompetenzkatalog“ solcher Personen zu definieren.

Auf diesen Vortrag folgte eine Podiumsdiskussion mit Neil Kinnock, Caspar Einem und Alfred Gusenbauer.